

Die Zerkleinerung des Chalkocyclers der Delfe

rich, ich hätte den Fuß der beiden Jungen in Schutzhaft genommen. Mädchen im Ausmaß nicht so vollständig vorgegangen, daß die Verhaftung der beiden unmöglich gewesen sei, trifft nicht zu. Ich habe den Kontenrollen und die Namen vorgetragen. Ich bin auch nicht aufgefordert worden, die Eingekerkerten im Ausmaß vorzubringen. Dessen bedurfte es auch nicht.

Staatssekretär Dr. Helfferich: Ich muß bei meiner Darstellung vom Samstag bleiben. Weder ich, noch Ministerialdirektor Dr. Rembold haben die Namen gehört. Es wäre besser gewesen, wenn das Material hierüber vorgetragen worden wäre. (Abg. Dittmann ruft: Sie hätten zu mir kommen können.)

Auf der Tagesordnung steht zunächst der Ausmaßbericht betreffend die politische Zensur. Damit werden verbunden der Bericht über das Belagerungszustandsgesetz, die erste Lesung des vom Zentrum beantragten Gesetzes über den Kriegszustand und der Antrag der Sozialdemokraten auf Aufhebung des Belagerungszustandes und Wiederherstellung der Freiheit der Presse.

Abg. Dr. Stresemann berichtet über die Verhandlungen im Ausmaß. Der Berichterstatter empfiehlt, die Anträge dem gleichen Ausmaß zu überweisen, der sich mit den Schutzhaftanträgen zu beschäftigen haben wird.

Abg. Götter (Zentr.): Wir wollen in erster Linie das geltende Kriegsrecht in dem Umfang zur Anwendung gelangen lassen, wie es jetzt zur Verfügung steht. Jetzt findet der Kriegszustand eine Anwendung, die weit über die Absichten der Verfassung hinausgeht. Man darf die Pressezensur nicht so zur Anwendung bringen, wie es jetzt zu geschehen pflegt. Die Freiheit der Presse darf nur soweit beschränkt werden, wie es die Kriegsführung verlangt. In diesem Sinne hat sich der Generalstab auch bei der Reichstagsberatung ausgesprochen, indem sie die vortrefflichen Leistungen der Presse anerkannt. Innerpolitische Angelegenheiten dürfen nicht mitgeteilt werden. Es sei denn, daß die Einheit des Deutschen Reiches gefährdet würde. Nur dann darf die Wahrheit des Bürgerkriegs Angelegenheit der Zensur sein. Wie wenig kann doch eine Regierung richtige Maßnahmen treffen, wenn sie keine richtige Kenntnis von der wahren Stimmung im Volk hat. In nichtmilitärischen Dingen kann der militärische Geheimdienst unmöglich das richtige Urteil über Presseäußerungen fällen. Jeder wird es begreifen, daß die Offiziere, die vor dem Krieg wegen Doppelverurteilung aus dem Dienstverband entlassen waren, wieder eingestellt worden sind. Vor dem Feinde beweisen die Herren, daß es bei ihnen sich nicht um Angst um ihr Leben handelt. Von diesem feierlichen Akt dürfte nichts veröffentlicht werden, weil aus einer solchen Berichterstattung herausgefunden werden könnte, als ob die Heeresverwaltung jetzt eine andere Stellung zur Duellefrage einnehme als zuvor. (Hört! Hört! im Zentrum und links.) Andererseits muß es doch um das Vertrauen zur Politik des Reichstages bestellt sein, wenn es erst durch die Pressezensur gehoben werden muß. Selbst bei Anzeigen, in denen Arbeiter und Hauspersonal gesucht werden, muß sich die Zensur einmischen und das Leben schwer. Den nicht-approbierten Heilungsmitteln und den Impfgarnen werden Schwierigkeiten in der Herausgabe ihrer Fachorgane gemacht. Was hat das mit der Sicherheit des Reiches zu tun? Wir fordern, daß die Pressezensur in ihre Schranken zurückverwiesen wird, zumal auch der Reichstagsrat den Abbau der Zensur versprochen hat. Es muß aber sofort geschehen. Auch der Reichsverband der deutschen Presse trägt über die mangelnde Einheitslichkeit in der Handhabung der Zensur. Selbst die Wolff-Depeschen werden einzelnen Zeitungen von der Zensur gestrichen. Der Staatssekretär muß auch in diese Angelegenheit sofort eingreifen und nicht wieder eine trostlose geschäftsmäßige Ermüdung abgeben. Wir wollen nicht nur Vergangenes wieder aufmachen, sondern auch künftigen Unrecht vorbeugen. (Beifall.)

Vizepräsident Dr. Baasche blüet die nachfolgenden Redner, sich möglichst kurz zu fassen, um die Durchführung der Beschlüsse des Senatskonvents zu ermöglichen.

Abg. Götter (Zentr.): Bei der Pressezensur steht das ganze Wirtschaftsleben einem vollständigen Unverständnis gegenüber. Der Soldat greift hier mit rauer Hand in die bürgerliche Rechtsordnung ein, greift in guter Absicht, aber mit dem Erfolg, daß die Freiheit des Einzelnen nicht niedergelegt wird. Es ist ein Zustand der schlimmsten Rechtsunsicherheit und Rechtslosigkeit eingetreten. Je eher dieses Schulden in die Volksschlacht geworfen wird, desto besser! (Sehr richtig!) Das deutsche Volk nimmt gern und willig alle Opfer auf sich. Der Krieg darf aber nicht ohne Not verlängert werden und die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse darf nicht gehemmt werden. Wird diese Heeresverwaltung erschüttert, so kann eine Stimmung entstehen, für die die Verantwortung den militärischen Stellen zufällt. Wollte rechtswidrig ist die Hausdurchsuchung. Beim Abg. Antrief erklärte der betreffende Beamte, er wisse nicht, was er suchen solle. (Hört! Hört! links.) Wir verbiten uns das Eingreifen in unsere parlamentarischen Rechte. Kein verständiger Journalist wird etwas gegen die militärische Zensur einzuwenden haben. Von den Zielinteressen der Presse haben die militärischen Behörden aber keine Ahnung. Dem Volksempfinden muß in der Presse Rechnung getragen werden, sonst wächst die Erregung im Volk ins Unermeßliche. Das Verbot der Berliner Tagelöhner war durch nichts begründet. Einem Mann, wie Theodor Wolff, dürfte man nicht die Feder verbieten. Nicht nur im eigenen Interesse selbst, sondern im Interesse der Allgemeinheit muß eine gründliche Wende der Verhältnisse eintreten. Die Zensur muß den Vorschriften bei sich selbst anlegen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Müller-Reinigen (F. Sp.): Nicht mit Unrecht ist dem Reichstag der Vorwurf gemacht worden, daß er nicht rechtzeitig den Brücken geschüttelt hat. Die Hauptschuld trifft aber die Regierung. Bei der letzten Tagung war Gelegenheit geboten, die Zuständigkeit der Zivil- und Militärorgane zu ordnen. Der jetzige Rechtszustand ist deprimierend und unhaltbar. Alle Debatten haben gar nichts genutzt. Es ist beschämend, daß alle Vierteljahre sich diese Erörterungen wiederholen müssen. Wir erkennen nicht die jetzigen Schwierigkeiten, dennoch muß der Zentrumsantrag schleunigst verabschiedet werden. Das preußische Schicksal spielt auch auf die Verhältnisse in Bayern verunsichernd. Das Kriegsgesetz ist in vollständigem Verfall. Die Immunität der Abgeordneten muß unbedingt gewahrt werden. Auch die Behandlung der Parlamentarier widerspricht allem Recht. In diesen Fragen müssen alle Parteien solidarisch vorgehen. Für die Neuorientierung ist es ein böses Zeichen, daß man gerade an diesem schmerzhaften Gesetz aus der reaktionären Zeit so unbedingt festhält. Das Vereins- und Versammlungsgesetz ist zu einem feigen Papier herabgedrückt worden. Dilemma! Gegenüber gibt es keine klaren Redewendungen mehr. Dem Stand muß ein Ende gemacht werden. Die ausführenden Zensurbeamten können uns leid tun. Sie haben ein System auszuführen, das von Anfang an verurteilt ist. Reaktivierte Offiziere, die keinen Satz schreiben können und niemals etwas mit der Presse zu tun hatten, schikanierten die erfahrensten Journalisten wie die Schulbuben; die Folge ist eine unglückliche Unfreiwilligkeit. (Sehr richtig!) Die Militärdiktatur herrscht allein in Deutschland. Die Richtlinien des Reichstages haben nichts genutzt. (Staatssekretär Helfferich schüttelt mit dem Kopf.) Er ist immer noch Optimist in der Beurteilung seiner Macht, er hat aber gar keine. (Weiterkeit.) Das Oberkommando verbietet jede Kritik an Kriegsgesetzgebungen. Damit wird jede Berichterstattung von Kriegsgeheimnissen ausgeschlossen. In einem Korpsgebiet ist sogar das Anbieten von Rekruten verboten worden. Das geht doch über das normale Maß der Zensur hinaus. (Große Heiterkeit.) Das Verbot des Berliner Tagelöhners verstoßt gegen jedes Gesetz. Andererseits sieht man in den alldeutschen Blättern die unglaublichen Separatisten. So kann es nicht weiter gehen. Die Folge dieses Systems ist die politische Gleichgültigkeit in gebelimen Konventionen. Jeder persönliche Anstand wird über den Haufen geworfen. Die Masse kann bei dieser Zensur nicht herumgerissen werden. Geben Sie dem Volke das Vertrauen, das es sich mit Strömen kostbaren Blutes erworben hat. Geben Sie ihm Freiheit und vernünftige Rechte, dann vertritt sich die Regierung auch das Gegenvertrauen des Volkes. (Beifall links.)

Abg. Dr. Wötter (natl.): Für die völlige Aufhebung des Belagerungszustandes wollen wir uns nicht erklären. Wohl aber streben wir die Neuordnung der Zustände an und werden mit aller Kraft daran mitarbeiten. Die Kriegsgesetze müssen freigegeben werden. Die jetzige Handhabung der Zensur ist eines aufführenden Volkes wie des deutschen nicht würdig. Die Presse trägt namentlich über Uneinheitlichkeit der Handhabung der Zensur. Die Stimmung im Volk soll die Presse von der Erörterung der Kriegsgesetze abhalten. Tatsächlich hat die Regierung ganz andere Gründe. Hoffen wir, daß die Kommission baldige und gründliche Arbeit machen wird. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Departementdirektor Oberst Hoffmann: Abgeordneter Dr. Müller-Reinigen hat vom Stellvertreter kommandierenden General des 2. Armeekorps gesagt, er bedauere den Tod dieses Herrn und wüßte, er möge ihn im Schützengraben bewahren. Ich weiß dies mit aller Entschiedenheit zurück. (Bravo, rechts, Rufe links: Das ist alles was Sie können!) Ich erwarte, daß Dr. Müller-Reinigen diese Worte zurücknehmen wird.

Vizepräsident Dr. Baasche: Ich lasse mir das Stenogramm der Rede beibringen und werde, wenn es notwendig ist, Korrektur eintreten lassen.

Abg. Dr. Käthe (konf.): Die Erörterung negativer Kriegsgesetze bleibt unbehandelt. Auch Scheidemanns Stellungnahme gegen die Antragsgebühren der Wirtschaftsverbände ist nicht widersprochen worden. Fast scheint es so, als ob der Reichsanstalt ihm beipflichtet. Wir alle haben den Wunsch, daß dieser furchtbare Krieg sobald als möglich beendet wird. Aber so erzieht uns der Frieden nicht, wenn wir auf alles verzichten, was wir erobert haben. Wir haben volles Vertrauen zu unseren militärischen Stellen. In der militärischen Zensur findet Fehler nicht bemerkt worden. Wo die Zensur auf das politische Gebiet übergrift, da müssen sich die Zensoren an die Direktiven halten, die sie von den Zivilbehörden erhalten, und deshalb müssen diese Stellen, und nicht die militärischen, für die Fehler verantwortlich gemacht werden. Es ist nicht richtig, wenn die Presse jede Meinungsverschiedenheit mit Treibereien in Zusammenhang bringt. Sie sollte den Ursachen nach zu Grunde gehen. Keiner geht jedoch auf die U-Bot-Frage näher ein, wird aber vom Vizepräsidenten Dr. Baasche ermahnt, zur Sache zu sprechen. Abg. Käthe (fortfahrend): Bei der Kritik, die wir an der Regierung üben, handelt es sich lediglich um die Sache. Die Person kommt für uns nicht in Betracht. Jede andere Darstellung ist ungerecht und falsch. Auch wir fordern, daß die Zensur sich auf das militärische Gebiet beschränkt. Es wäre wünschenswert, wenn nach der letzten Erklärung des Grafen Jepsen nun auch die früheren Briefe des Grafen veröffentlicht würden. Am Falle des Grafen Reventlow sind wir der Ansicht, daß man eine Meinung nicht über, wenn man sie verweigert, sondern wenn man sie widerlegt. Man muß bedenken, daß es sich vielfach um Männer handelt, die bei ihrer Kritik keineswegs aus einer Schwächung des deutschen Vaterlandes im Auge haben. Möge die Zensur immer nur die Sache, aber nicht die Person im Auge haben. (Beifall rechts.)

Vizepräsident Dr. Baasche: Nach dem Stenogramm der Rede des Abgeordneten Dr. Müller-Reinigen habe ich keinen Anlaß, Korrektur eintreten zu lassen.

Staatssekretär Dr. Helfferich: Die offizielle Presse ist keine Einrichtung, die über den Wasserstand steht. Sie hat für die Aufklärung zu sorgen und die Regierungspolitik und die Personen der Regierung zu schützen. Es ist nicht richtig, daß Graf Jepsen in seinem letzten Briefe etwas anderes imputiert wäre, als was er gewollt hat. Der Fall des Abgeordneten Baumeister mit Ministerialdirektor Dr. Rembold ist klar. Daß Dr. Rembold die ihm zugeschobene Verantwortung nicht an sich hat, ist für mich die Ansicht ausgesprochen, daß die deutsche Luftlinie nicht zu fördern sei. Auch ich stimme darin zu, daß die Sonnenabend-Debatte draußen einen schlechten Eindruck gemacht hat. Wenn gemeint wird, ich hätte mich der Entrüstung anschließen müssen, so kann ich darin den Herren nicht folgen. Ich kann nicht die Schale der Entrüstung über Beamte ausgießen, bevor ich sie gehört habe. In England und Frankreich, die doch freirechtliche Einrichtungen haben, bestehen seit Kriegsausbruch keinerlei Garantien der persönlichen Freiheit mehr. Es kann in England jeder ohne Haftbefehl verhaftet werden. Zeitungen werden vielfach für längere Zeit unterdrückt. In Frankreich geht im Kriege die Gewalt völlig auf das Militär über, namentlich hinsichtlich der Versammlungsfreiheit. Die französische Zensur schließt die diplomatischen Dinge, auch das Parlament. Die Regierung unterdrückt alles, was geeignet ist, die öffentliche Meinung in Bezug auf die Landesverteidigung zu beunruhigen. Wir haben nicht den Ehrgeiz, in Bezug auf die Zensur an der Spitze zu marschieren. Es geht das Volk, daß es die Beschränkung der öffentlichen Meinung schwer empfindet. Diese Beschränkung ist aber ebenso notwendig, wie die Opfer an Gut und Blut. Weil wir uns auf unser Volk verlassen können, deshalb haben wir den Wunsch, die Eingriffe des Belagerungszustandes auf das Mindestmaß zu beschränken. Ich hoffe, daß wir in Zukunft mehr erreichen, als bisher. (Bravo! und Wiederbrüll.) Zu den Initiativanträgen, vor deren Ueberführung ich warne, kann ich namens der verbündeten Regierungen noch nicht Stellung nehmen. Die Handhabung des Belagerungszustandes und der Zensur liegt bei den militärischen Behörden. Die Reichsteilung hat Anregungen und Maßnahmen erteilt und über den Zensurabbau auch mit dem Reichsverband der Deutschen Presse verhandelt. Ich zweifle nicht daran, daß den Anregungen des Reichsanstalters auch Folge gegeben wird. Nicht nur in militärischen Dingen, auch in Fragen der Auswärtigen Politik kann von der Zensur großer Schaden angerichtet werden. Die vielen weißen Stellen in der französischen Presse beweisen, wie dort die Zensur gehandhabt wird. Wegen seiner Person legt der Reichsanstalt die Zensur nicht in Bewegung, sonst entstände ihr ein weites Betätigungsfeld. Anders aber steht es in Fragen der Auswärtigen Politik. Wir erkennen an, daß Mißstände bestehen, niemand weiß, was erlaubt ist. Deshalb werden Richtlinien ausgearbeitet, die der Presse das Leben erleichtern werden. Ich erkenne an, daß die Absichten, die der obersten militärischen Stelle und dem Reichsanstalt vorschweben, sich nicht verwirklicht haben in Bezug auf die Handhabung und den Abbau der Zensur. Wir werden weiter die bessere Hand anlegen. Der Reichsanstalt wird sicherlich bei den beteiligten Stellen Verständnis finden. Während des Krieges läßt sich auf die Zensur nicht ganz verzichten. (Rufe links: Worte, nichts als Worte!) Mit diesen Worten müssen Sie sich schon begnügen.

Oberst von Wisberg: Abgeordneter Götter hat sich über das Verbot des Gebrauchs der französischen Sprache in Elsaß-Lothringen ausgesprochen. Die Anwendung dieser Sprache erfolgte aber durch herausfordernd, daß der Krieg notwendig wurde. Die deutschen Soldaten stehen in heldenmütigem Kampfe um die Verteidigung des deutschen Landes. Da kann man erwarten, daß hinter ihrem Rücken nicht eine fremde Sprache gesprochen wird. (Sehr richtig! rechts, großer Applaus.)

Darauf wird die Beratung der Zensur abgebrochen.

Abg. Müller-Reinigen (persönlich): Ich verstehe die Auslegung meiner Worte durch Oberst Hoffmann nicht. Mein Wunsch, daß der Stellvertreter kommandierende General von Bittlinghoff seinen Scheid im Schützengraben anbringen möge, dürfte auch sein Wunsch sein. (Heiterkeit.) Es liegt mir fern, den Mut eines guten Soldaten, aber höchsten Oberbefehlshabers anzuzweifeln.

Abg. Götter (persönlich): Wenn der nur der französischen Sprache mächtigen Bevölkerung in Elsaß-Lothringen die französische Sprache zu gebrauchen verboten wird, so darf sie überhaupt nicht mehr sprechen.

Nach debattierender Erledigung mehrerer Petitionen wird die Weiterberatung auf Dienstag 3 Uhr vertagt. Vorher Anträge.

Tages-Rundschau.

W.B. Berlin, 30. Oktober. Der Kaiser traf heute vormittag halb nach halb 11 Uhr im Reichstagspalais ein. Dort hatten sich beim Reichsanstalt außer dem Staatssekretär des Innern die Unterstaatssekretäre Wahnshaffe und Heintrichs, der Präsident und die Vorstandsmitglieder des Kriegsernährungsamtes sowie der Reichsanstalt für die Lebensmittelwirtschaft nebst Mitarbeitern versammelt. Ebenso waren die Leiter der wichtigsten Reichsstellen für Ernährungsfragen erschienen. Der Kaiser ließ sich die Herren vorstellen, zog jeden einzelnen ins Gespräch und verweilte in angeregter Unterhaltung bis nach halb 1 Uhr im Reichstagspalais.

W.B. Berlin, 30. Oktober. Im Hauptauschuß des Reichstages wurde der Zentrumsantrag, den Reichsanstalt zu erlauben, dahin zu wirken, daß die Heeresverwaltung die bei Beendigung des Krieges für sie entbehrlich werdenden Pferde, Fahrzeuge und Geräte an die Berufsvereinigungen der Landwirte und Gewerbetreibenden zu billigen Preisen veräußert, mit großer Mehrheit angenommen, ebenso der von mehreren Parteien eingebrachte Antrag,

das Belästigungsgeld der aus dienlichen Gründen auf Entlassung angewiesenen Mannschaften entsprechend den verbleibenden Lebensmitteln zu gestalten und ferner ein Antrag, die verheirateten Männer, besonders solche mit großer Kinderzahl und älteren Jahrgängen, soweit dies aus militärischen Gründen angängig ist, für längere Zeit in die Heimat zu beurlauben, mit großer Mehrheit angenommen; schließlich wurde auch der sozialdemokratische Antrag für die Durchführung von Vorschriften zu sorgen, wodurch die in besonderen Unteroffiziersstellen verbleibenden, angenommen.

W.B. Berlin, 30. Oktober. Bei der Erörterung der Vorschläge und Berichtigungen im Hauptauschuß des Reichstages wurde heute Oberst v. Wisberg mit, dem Oberstaatssekretär v. Hindenburg einen besonderen Erfolg gegen Mißhandlungen herauszuheben. Die Berichtigung und die Stimmung unseres Heeres ist sehr trefflich. Der Ausmaß zur Beratung eines Entwurfs über die Freilegung von Kurven der zum Vorhandenhandel zugelassenen Wertpapiere nahm heute den Entwurf mit einer geringfügigen Änderung an.

Die Kursfestlegung von Wertpapieren. Der Reichstagsauschuß für das Gesetz über die Kursfestlegung von Wertpapieren hat nach am Montag seine Arbeit beendet. In § 2 wurde bestimmt, daß der Reichsanstalt die Kurse nach Anhörung der Börsenvereine festzusetzen und die vorläufig festgelegten Kurse bekannt zu machen hat. Der übrige Inhalt des Gesetzes bleibt unverändert. Es muß also der Bundesrat, wenn er bei der endgültigen Festlegung Änderungen vornimmt, diese bis spätestens 15. Januar 1917 bekannt geben.

W.B. Berlin, 30. Oktober. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt unter der Überschrift: „Gegenmaßregeln gegen die völkerverfälschende Behandlung deutscher Gefangener in Ausland“. „Die in der letzten Zeit erfolgten Veröffentlichungen über die von unserer Kriegesgefangenen in Ausland erregten in weiten Kreisen Deutschlands und des neutralen Auslandes Entrüstung, die vielen Veröffentlichungen ist darauf hingewiesen worden, daß die deutsche Regierung unter Androhung von Gegenmaßnahmen die unverzügliche Abstellung dieser Mißstände und die sofortige energiegeliche Durchführung von Maßnahmen zur Besserung der Behandlung, in denen unsere Gefangenen in den russischen Gefangenenlagern leben, fordere. Der der russischen Regierung gesandte Punkt ist nunmehr abgefallen, ohne daß auf die deutsche Seite eine befriedigende Antwort erfolgt ist. Die Heeresverwaltung hat daher vor einigen Tagen eine größere Anzahl russischer Offiziere, die den vorliegenden Reglementen angehören, in ein Sonderlager überführen lassen, in dem sie insbesondere einer strengen Beobachtung unterworfen werden. Diese Vergeltungsmaßnahmen werden so lange anhalten, bis die russische Regierung der deutschen Forderung nachkommt.“

W.B. Berlin, 30. Oktober. In einigen Zeitungen war von einem neuen Hirtentriebe des Kardinals Mercier die Rede, wobei über dessen Inhalt irreführende Mitteilungen gemacht werden. Der Hirtentriebe bewegt sich fast vollkommen in rein religiösen Gebankungen, in welchen die Gläubigen angewiesen werden, Trost für die Leiden bei Gott zu suchen und ihre Leiden selbst im Hinblick auf die Ewigkeit zu betrachten. Am Schluß finden sich einige Hinweise auf die politische Weltlage und die Kriegsergebnisse, denen der Generalgouverneur jedoch keine weitere Bedeutung beilegt, da ihnen nicht die Absicht zugeschrieben werden kann, die Bevölkerung gegen die bestehende Macht zu erregen.

Berlin, 30. Oktober. Die Abendblätter melden: Mit der Aufhebung des preußischen Kriegsministeriums erfolgt zugleich die Errichtung eines neuen Kriegsammtes, das dem Kriegsministerium angegliedert wird. Zu den Aufgaben des Kriegsammtes gehört die Beschaffung von Rohstoffen zur Herstellung von Munition und anderem Kriegsmaterial. Als Leiter des Kriegsammtes ist der bisherige Chef des Eisenbahnamtes General Gröner ausgerufen. Seit dem Bestehen des Kriegsernährungsamtes gehört General Gröner auch dem Vorstand dieses Amtes an.

Der neue Kriegsminister. Generalleutnant von Stein war der durch seine Hauptquartiersberichte bekannteste Generalquartiermeister in diesem Krieg. Nicht allein die ihm unterzeichneten Heeresberichte, sondern auch eine ganze Reihe trefflicher, energiegelicher und aufklärender wirtlicher Erörterungen haben dem deutschen Volk näher gebracht. Der Name von Stein war in jedem deutschen Hause bekannt. Seine Heeresberichte zeichneten sich durch ihr seltbares Deutsch und ihre treffliche, klare Abfassung aus, wie wir sie jetzt in den Lektoren der Heeresverwaltung wiederfinden. Mitte September wurde er von seinem Posten abberufen und mit der Führung des 14. Armeekorps beauftragt. Seit 1873 hat die Heeresverwaltung, besuchte er die Kriegsschule, wurde in den Generalstab berufen und gehörte ihm bis 1912 an. 1913 wurde er in den Abteilungsstab erhoben. Generalleutnant von Stein steht im Lebensjahre.

Der neue Munitionsminister.

In der Unterredung, die ein Vertreter der „Neuen Freien Presse“ mit dem Generalleutnant v. Hindenburg und dem ersten Generalquartiermeister hatte, erklärte General Hindenburg, die Herstellung der Munition im höchsten Ausmaß sei eine der wichtigsten Aufgaben der Kriegsführung, und es müsse dafür gesorgt werden, daß dieses höchst wichtige Element im Maximum der Leistungsfähigkeit darstelle. Es genüge nicht, daß einige Waffenfabriken, mögen sie noch so vorzügliches leisten, Munition fabrizieren. Die vielen unserer Feinde, das müßten wir auch tun. In der Errichtung des neuen Kriegsammtes beim Kriegsministerium ist ein bedeutungsvoller Schritt gemacht, um diese Gedanken des ersten Generalleutnants in die Tat umzusetzen. Auch die Wahl der Persönlichkeit, die in diese wichtige Stellung als Leiter eintritt, entspricht der Bedeutung, die dem Amt zukommt. Es ist der bisherige Chef der Eisenbahnenverwaltung, Generalmajor Gröner, dessen Name mit den wichtigsten Truppenverordnungen beim Aufmarsch wie später im verbündeten bleiben wird. Im Infanterie-Regiment Alt-Würtemberg wurde er 1886 Leutnant, kam in den Generalstab, dem er in den verschiedensten Regimentern und Stellen angehörte, und wurde 1912 Chef der Eisenbahnenverwaltung. Seine Verdienste im Krieg belohnen eine schnelle Beförderung. Der Orden Pour le merite und das Ehrenkruz der preussischen Universitäten und Hochschulen. So erklärt sich, daß General Gröner auch in das Kriegsammte berufen wurde, um durch seine Kenntnisse und Tatkraft die schnelle und reichhaltige Versorgung des Volkes mit Lebensmitteln zu fördern. Ein Mann von großem Will, eigener Energie und gewaltiger Arbeitskraft, gibt er durch seine bisherige Tätigkeit die Gewähr, daß er auf dem ihm zugewiesenen neuen Feld den Erwartungen entsprechen wird, die man allgemein von ihm im Volk wie im Heer hegt.

W.B. Berlin, 30. Oktober. Der Präsident des Reichstages, Dr. Kaempf, wurde von einem schweren Verlust betroffen. Heute verstarb ihm seine Gattin.

Strafantrag des Reichsanstalters gegen den Grafen Ernst Reventlow. Der „Vossischen Zeitung“ zufolge hat der Reichsanstalt bei der Staatsanwaltschaft Strafantrag gegen den Grafen Ernst Reventlow wegen Verleumdung gestellt. Die Verleumdung soll in der letzten Versammlung des „Unabhängigen Ausschusses für einen deutschen Frieden“ im Abgeordnetenhaus geschehen sein.

Die geplante Heranziehung der erbsitzigen Bevölkerung in den besetzten Gebieten zur Arbeit soll nicht nur in Belgien, sondern auch in den anderen Teilen der besetzten fremden Landesteile erfolgen. Die Verpflegung übernehmen die Heeresmagazine, in Deutschland beschäftigte Arbeiter werden nur mit deutschen Lebensmitteln versorgt. Ausreichende Bewachung soll Flucht und Mißstände verhindern.

Satirische u. satirische Nachrichten.

Berlin, den 31. Oktober 1916.

* Polizeibericht. Als obdachlos meldete sich ein 27-jähriger junger Mann aus Bielefeld. Er wurde polizeilich angewiesen, sich in den nächsten 3 Tagen unterkommen und ausreichenden Erwerb zu beschaffen, bei Vermeidung seiner Verhaftung. — Es mehren sich die Klagen, daß Kinder in den Straßen übermäßig laut lärmten, singen und spielen. Der Polizeiverwaltung stehen in dieser Zeit nur wenig Außenbeamte zur Verfügung, jedoch sehr selten gegen den Lärm eingeschritten werden kann. Die Eltern
